

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 180 Nr.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 3500 M.
In Pommerellen 7000 M. poln. Anzeigen: Diebe-
spaltene Zeile 350 M., auswärts 500 M. Die Reklame-
zeile 1200 M., auswärts 1500 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werklätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 63

Donnerstag, den 15. März 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290.

Unzulängliche Sozialpolitik.

Von Abg. Bruno Gebauer.

I.

Eine der wichtigsten Aufgaben eines Staatswesens ist die Pflege der Sozialpolitik und des Wohlfahrtswesens. In unserem deutschnational regierten Freistaat aber ist Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege mehr und mehr in den Hintergrund gestellt worden. Noch sind nicht die Tränen der Kriegswitwen um ihren Ernährer getrocknet, ist nicht das Geschrei der Waisen um ihren Vater verstummt, als bei diesen Bedauernswerten zu ihrem großen Schmerz sich noch Hunger und stetige Sorge zugesellt. Anklagend klingt der Ruf der in fremder Erde für ihr Vaterland "gefallenen" Krieger an unser Ohr. Aber alle diejenigen, die das Wort von dem Dank des Vaterlandes nicht oft genug aussprechen konnten, gehen achtlos an den Leiden unserer Kriegsgespielen vorüber. Senat, bürgerliche Parteien und Behörden verschließen Auge und Ohr unseren Zeitverhältnissen. Währenddessen heben, während man der letzten Kriegsgespielen so schnell vergessen hat, unverantwortliche Elemente zu einem neuen Kriege, um der bestehenden Klasse noch mehr Vorteile zu verschaffen, und wie wenig man sich um die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen kümmert, so wenig auch um die Sozialrentner.

„Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik“, war selbst die Ansicht des „eiserne“ Kanzlers, eines Bismarck, der sicher nicht als der Freund der Sozialdemokratie angesehen werden kann. Und so auch im Freistaat Danzig: ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Wo sind die bürgerlichen Parteien, wenn es sich um die Notlage der Kriegsgespielen und Sozialrentner handelt? Wo sind ihre Anträge zur Verbesserung der Lage dieser bedauernswerten Volksglieder, wo unterstützen sie Bestrebungen zur Wiltberung der Leiden? Wenn wirklich einzelne Personen aus dem bürgerlichen Lager in den Parlamenten für die ärmeren Volksschichten sich einsetzen, so konnten sie das tun, ohne Gefahr für den Staatslädel, weil Aussicht auf Ansführung solcher Hilfsaktionen nicht bestand. Vielfach wird hierbei auch nur elende Heuchelei getrieben.

So war es auch wieder der Sozialdemokratie vorbehalten, im Volkstag Gesetzentwürfe und Anträge einzubringen, welche auf eine Verbesserung der Lage der Kriegsgespielen, der Sozialrentner, Staatsrentner und anderer bedürftiger Volksglieder hingen. Leider hat man dort zum großen Teil wieder tauben Ohren gepredigt. Ein Antrag forderte, daß zu den Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, welche Feuerungszuschüsse erhalten, besondere Zuschüsse in Höhe der Sonderzulagen, welche die Beamten zu ihren Gehältern erhalten, gezahlt werden. Und trotzdem dieser Antrag, der nur für die bedürftigsten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gestellt war, nur zu berechtigt war, entblöhte sich der Volkstag nicht, diesen Antrag abzulehnen. Nicht ohne Berechnung hat man diesen wie auch andere sozialpolitische Anträge dem Hauptauschuss überwiesen, weil man weiß, daß im Sozialen Ausschuss, wo diese Anträge hingehören, doch nicht alle Mitglieder bürgerlicher Parteien in ohne Skrupel sind, um solche Anträge niederzustimmen. Die Renten für die Kriegsgespielen sind gesunken, um den Kriegsbeschädigten einen Zuschuß zu ihrer Lebenshaltung zu gewähren, zu einer besseren Ernährung, zur Verhütung von Erschöterungen usw. Seit April 1920, wo das Reichsversicherungsgesetz in Kraft trat, ist ein fortwährendes Absinken der Renten eingetreten. Nach den zur menschlichen Ernährung notwendigen Nahrungsmitteln gerechnet, betrug die Rente (also ohne Kleidung, Wohnung und andere Ausgaben in Betracht zu ziehen) für einen 100 Prozent erwerbsbeschränkten Kriegsinvaliden mit drei Kindern 116 Prozent, am 1. Januar 1921 107 Prozent, am 1. Januar 1922 62 Prozent, am 1. Januar 1923 aber nur noch 5 Prozent. Rechnet man die seit Oktober 1921 gewährten Feuerungszuschüsse hinzu, so betrug der Prozentsatz am 1. Januar 1922 75 Prozent, am 1. Januar 1923 25 Prozent. Seit 1. Januar d. J. ist zwar die Rente um das Sechsfache erhöht, die Feuerung ist aber weiter vorgeschritten. Seit dieser Zeit sind die Preise um das Sechsfache gestiegen. Berücksichtigt man weiter die besonderen Feuerungsverhältnisse in der Freien Stadt, so ist die Rente auf ein Minimum herabgedrückt, so daß sie im März 2 Prozent bzw. 15 Prozent für Empfänger von Feuerungszuschüssen ausmachen. Während also ein solcher Kriegsinvalider im April 1920 noch seiner Rente noch außer den Nahrungsmitteln 16 Prozent zu Kleidungsstücken und anderen Bedürfnissen verwenden konnte, kann er sich jetzt nur eine geringe Menge von Nahrungsmitteln kaufen. Was z. B. kann ein Leichtbeschädigter (Lungenkranke) der zur Verhinderung der Verschlechterung seines Leidens einer besseren Ernährung bedarf an Lebensmitteln mit 2-300 Mark Rente kaufen die zu erhalten er noch viel Zeitverlust und Mühe aufbringen muß? Ein Schwerkranker (Tuberkulose) 100 Proz. erwerbsbeschränkt hat mit seiner belagerten Mutter, die ihn pflegt, ein Gesamteinkommen von 65 000 Mark im Monat März! Ein Heilkranker M. hat mit seiner Frau, die ebenfalls leidend ist, 60 000 Mark. Wie ist es möglich, mit diesen Beträgen auszukommen?

Nun weisen die bürgerlichen Kreise immer auf die Kriegsfürsorgeanstalten und Wohlfahrtsämter hin? Nun sind ja unsere Kriegsgespielen nicht immer so „ideal“ veranlagt, wie der deutsch-nationale Szenarator Dr. Frank, der sich nicht entblödete, die von der Stadtgemeinde Zoppot durch die Kredithilfe für die bedürftigen Einwohner beschafften Kohlenvorräte, welche den Gewerkschaften, Beamten- und Offiziersbund zu Verteilung übergeben wurden, in Anspruch zu nehmen. Die Kriegsgespielen wollen keine Almosen, sondern verlangen ihr Recht. Wie sieht es aber mit der Fürsorge der Wohlfahrtsämter und der Kriegsfürsorgestellen aus? Hier nur einige Beispiele: Ein Zoppoter Kriegsblinder ersuchte die Hauptfürsorgestelle um eine außerordentliche Unterstützung. Ueber diesen Antrag wurde eine Ermittlung eingeleitet, die 5000 Mark Kosten verursachte. Dem Antragsteller wurde eine Unterstützung von — 1000 Mark bewilligt. Die Unterstützungssätze der Kriegsfürsorgestellen betragen 1000 bis 2000 Mark. Wegen Bewilligung solcher lächerlichen Summen wird erst noch eine Kommission einberufen. Mit Recht tragen sich Mitglieder dieser Kommission mit dem Gedanken, aus der Kommission auszuschleichen wegen der Unfähigkeit solcher Fürsorgetätigkeit. Der Kriegsblinde S. aus Schödlitz kehrte im vergangenen Jahre aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Er wollte sich eine Existenz gründen und kam bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte um eine Beihilfe dazu ein. Ihm wurden ausnahmsweise — wie nobel! — 10 000 Mark zur Beschaffung von Materialien bewilligt. Um diesen hohen Betrag richtig würdigen zu können, seien folgende Angaben gemacht: Ein Holz zu einem Rohhaarbesen kostet 3000 Mark, ein Pfund ungerichteter Pferdehaare 6-7000 Mark, zugerichtete Pferdehaare kosten 12-15 000 Mark. Ein Pfund ungerichteter Pferdehaare reicht für zwei Besen und eine Bürste. Der Antragsteller konnte sich also mit den 10 000 Mark Materialien für zwei Besen beschaffen.

Weitere Todesopfer in Buer.

Außer den bereits gemeldeten drei Todesopfern haben die Franzosen am Montag mittag noch zwei Schupobeamte erschossen. Der Vorgang ist von einer Bewohnerin eines benachbarten Hauses durch eine Dachluke aus kurzer Entfernung beobachtet worden. Die Erschossenen sind die Wachtmeister Mohr und Krause. Die beiden Beamten waren aus dem Einbruchgebiet ausgewiesen worden, waren aber wieder zurückgekehrt, um ihre zurückgelassenen Sachen zu holen. Die Leichen sind bisher noch nicht freigegeben worden. Der Termin, bis zu welchem sämtliche Schupobeamte aus dem Einbruchgebiet sich entfernen sollten, war von den Franzosen auf den 13. März festgesetzt worden. Die beiden Beamten wurden aber bereits am 12. März von den Franzosen wieder ergriffen.

Zu der Erschießung der beiden Schupobeamten im Hofe des Gyzeums von Buer meldet das Berliner „Tageblatt“, daß die Erschießung auf Grund eines überlegten Befehls erfolgt ist. Zwei Offiziere und zwei Soldaten haben den Befehl vollzogen. Wie das Blatt weiter mitteilt, sind die vier Verwundeten, die am Sonntag französischen Kugeln in Buer zum Opfer gefallen sind, seitdem verschwunden. Sie befinden sich in den Händen der Franzosen; in welchem Zustande ist unbekannt.

Gestern wurden zwei der drei deutschen Todesopfer beerdigt. Nur die allernächsten Angehörigen der Toten durften auf den Friedhof. Dem Oberbürgermeister der Stadt war es erst nach langen Verhandlungen erlaubt worden, als Vertreter der Bürgerschaft der Beerdigung beizuwohnen. — Die Franzosen veranstalteten eine glänzende Trauerfeier für die beiden erschossenen Offiziere. Die Leichen waren in der Rathausvorhalle aufgebahrt. Auf dem Rathausvorplatz hatten drei Kompanien Alpenjäger, mehrere Infanteriekompanien und Kavallerieschwadronen Paradeaufstellung genommen. Um 410 Uhr fuhr General Degoutte im Auto vor. Den Leichen, die auf Lafetten aufgebahrt waren, folgten die nächsten Angehörigen der Toten, die Generalität der Besatzungstruppen des Ruhrgebiets und die abkommandierten Kompanien. Die Leichen der beiden Offiziere wurden dann nach Frankreich überführt.

Landesverratskoller in Deutschland.

Auf Ersuchen des Oberreichsanwalts ist der Redakteur Walter Dehne gestern verhaftet worden. Dehne wird nach Weizsig gebracht werden, um dort zur Verfügung des Oberreichsanwalts zu stehen. Von sozialdemokratischer Seite wird mitgeteilt, daß der Verhaftung Dehnes die Beschuldigung zugrunde liegt, Nachrichten an die News Transmissions Agency in Holland geliefert zu haben, also an daselbe Unternehmen, das im Prozeß Feschenbach gegen den Journalisten und früheren Sekretär Eisners eine große Rolle gespielt hat. Weiter soll Dehne der öffentlichen Bekanntmachung militärischer Nachrichten beschuldigt werden. Hierbei soll es sich besonders um Mitteilungen über Verbindungen zwischen der Reichswehr und nationalitätlosen Geheimbänden handeln.

Wegen Landesverrats wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Augsburg der kommunistische Münchener Stadtrat Weigl festgenommen. Der Landesverrat wird in einem Artikel der „Asten Bayern-Fähne“ erörtert.

Der kommunistische Abgeordnete Effenberger ist seit mehreren Tagen verschwunden. Man vermutet, daß Effenberger sich nach Sowjetrußland begeben hat.

Erste Erkrankung Lenins.

Nach einer Meldung aus Moskau ist das Befinden Lenins in ein höchst kritisches Stadium getreten, das kaum noch Hoffnung auf Besserung zuläßt. Die Sowjetregierung hat am gestrigen Mittwoch zwei Bulletin veröffentlicht. Dieses Verhalten der Regierung wird als ein Eingeständnis dafür aufgefaßt, daß der Zustand des Vorstehenden des Rates der Volkskommissare hoffnungslos ist.

In dem ersten Bulletin wird gesagt, daß die seit längerer Zeit auf der rechten Seite des Patienten auftretenden Nähnungserscheinungen nunmehr auch auf die linke Seite übergetreten sind. Lenin hat am Montag abend einen Schlaganfall erlitten. Das zweite, am Dienstag abend ausgegebene Bulletin besagt, daß Lenin die Sprache verloren hat. Die Herzstätigkeit ist schwach, funktioniert aber noch.

Regierungskrise und Parlamentsauflösung in Litauen.

Die Bedingungen der Postkammerkonferenz betreffend das Memelgebiet wurden vorgestern von der litauischen Regierung vorbehaltlos angenommen. Der litauische Sejm wurde aufgelöst.

Die Dato meldet, daß die litauische Regierung die Auflösung des Parlaments in erster Linie auf das Vorgehen der Juden zurückzuführen, die mit der Ernennung Griebmanns zum Minister für litauische Angelegenheiten nicht zufrieden waren. Juden, Sozialdemokraten und Bolschewiki bilden einen Block, dem sich auch die Polen angeschlossen und der genau die Hälfte der Stimmen auf sich vereint. Vorgestern früh wurde daher von den Regierungskandidaten der Sejm aufgelöst, die Dato war bei der Sitzung nicht mehr anwesend. Die Neuwahlen sind auf den 12. und 13. Mai festgesetzt.

Bemerkenswert ist, daß die Opposition ausdrücklich betonte, daß sie nicht gegen die Außenpolitik sondern ausschließlich gegen die Innenpolitik des Kabinetts Stellung nehme. Die Regierung soll bis zu den Neuwahlen die Geschäfte weiter führen.

Um Polens Ostgrenzen.

In der gestrigen Sitzung führte der Ministerpräsident Siforski in Beantwortung einer Interpellation u. a. aus: Die Ostgrenzen Polens seien durch den Rigaer Friedensvertrag festgelegt, bereits gezogen und dürften durch niemand in Frage gestellt werden. Für Polen beständen sie als unbestreitbar, bedürften jedoch vom internationalen Standpunkt aus einer formellen Anerkennung seitens der Westmächte. Wenn die polnische Regierung die sogenannte Ostgrenzenfrage auf die Tagesordnung stelle, so könne sie auf keinerlei Vorbehalte eingehen, von denen die Anerkennung der Einverleibung von Ostgalizien in den polnischen Staat abhängig wäre. Die zwischen Polen und Litauen heute bestehende Demarkationslinie beinträchtigt den polnischen Besitzstand in mehreren Punkten und müsse daher einer Korrektur unterworfen werden. Das beziehe sich insbesondere auf den Schutz der Eisenbahnlinie Brany-Bilna. Was die polnisch-litauische und die polnisch-rumänische Grenze anlangt, so sollte diese Frage zur endgültigen Regelung jenen Staaten, die sie angehe, überlassen werden. Nach den bisherigen Informationen stimmten die Regierungen der Westmächte prinzipiell den polnischen Forderungen bei; nur im Vorschalterrat, nämlich in dem Redaktionskomitee, seien Schwierigkeiten aufgetaucht und durch eine nicht entsprechende Fassung der betreffenden Entscheidung könnten die Vorteile, die Polen aus der Entscheidung zukommen würden, beeinträchtigt werden. Deswegen habe die polnische Regierung sich entschlossen, dem Minister des Auswärtigen mit bindenden Direktiven nach Paris zu entsenden und werde auf diese Weise darüber wachen, daß diese Frage im Sinne der polnischen Bedürfnisse erledigt werde.

Ueber die gestrige Sitzung des Vorschalterrats wird folgender Bericht ausgegeben: Der Vorschalterrat traf heute vormittag seine Entscheidung über die polnisch-rumänische Grenze. Sie trägt der tatsächlichen Lage Rechnung und wird morgen der polnischen Regierung notifiziert werden. Der Vorschalterrat nahm ferner Kenntnis von dem Bericht der nach Memel entsandten außerordentlichen Kommission und hörte den alliierten Oberkommissar in Memel, Petzold. Dasselbe bemerkt hierzu: Der Wortlaut des Berichtes ergebe, daß Stadt und Gebiet Wilna Polen zugesprochen worden seien. Der Beschluß ratifiziere auch die durch den Rigaer Vertrag festgelegte litauisch-polnisch-russische Grenze.

Zeitgemäße Erinnerungen.

Wir entnehmen dem „Vorwärts“:

Drei Jahre sind verfloßen, seit am Morgen des 18. März 1920 Oberstabschef Friedrichs mit wehenden schwarzweißen Fahnen durchs Brandenburger Tor in das „rote Berlin“ einzog und der Generallandschaftsdirektor Kapp unter dem Schutze der Maschinengewehre seine nationale Regierung der Tat auszusprechen verlor. Das Experiment hat nicht lange gehalten. Am Abend des 21. März schloß sich die Arbeiterfront dem Reich an. Der gewaltige Generalstreik, der wie ein Lauffeuer sich in Deutschland ausbreitete, machte die Herrschaft im Reich und in den Provinzen unmöglich. Die Arbeiterfront, einig trotz aller inneren Gegensätze, erwies sich als die stärkere und unerschütterlichere Stütze der Republik.

Sind wir heute nach drei Jahren gegen die Wiederkehr eines solchen blutigen Schauspiels gesichert? Wir glauben — nein. Der Kampf um die Republik ist noch nicht beendet. Nicht nur die Ermordung Erberts und die Attentate auf Scheidemann, Gorden u. a. zeigen von dem Kampfe, den die Republik immer noch um ihre Existenz zu führen gezwungen ist. Geheimorganisationswesen und Mörderbanden, die das Land mit einem dichten Netz von Spionen durchziehen, sind zwar durch das Schußgesetz verboten. Wer will behaupten, daß sie nicht mehr existieren? Sie haben in Bayern ihren letzten Rückhalt, von wo sie sich dem Reich zum Vordringen ansetzen können. Darin dem Schußgesetz organisieren sich in Bayern immer noch die Sturmtruppen, die die Wiederkehr des alten Obristenregimes mit der „Abrechnung mit den Novemberverbrechern“ einleiten wollen.

Es ist kein Zufall, daß sie in der Sozialdemokratie ihren einzigen Feind sehen, den es zu bezwingen gilt. Die sozialdemokratischen Kräfte sind je länger je mehr die Träger des republikanischen Staatsgedankens geworden. Die Teilhaber, die sie an der Ruhr in der vordersten Reihe des Abwehrkampfes für Recht gegen Willkür haben, hat auch ihre tiefste innerpolitische Bedeutung. Je mehr das Schicksal der Republik mit dem Schicksal der Kräfte, die ihre politische und wirtschaftliche Existenzgrundlage im Kampf um die Demokratie und das Recht zu sichern, verbunden und von ihr abhängig gemacht wird, um so mehr schwindet die Angst für einen neuen Vorstoß der Ludendorffler. In der Ruhr existieren sie nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich als Schicksal der Republik.

Die Verweigerung des Vortrefflichen haben das am ehesten begriffen. Daher ihr verwerflicher Versuch, neue Volkshohelegenden zu verbreiten und ihr unverantwortliches Geschick von „nationaler Erhebung“ und „antidemokratischer Widerstand“ zu erklären. Wenn der Boden des Rechts verlassen würde, so wie sie innerpolitisch mit dem praktischen ganz bedeutungslossten Merkmalen der Kommunisten arbeiten, so sehen sie außerpolitisch ihre ganze Hoffnung auf Poincaré. „Gott erhalte uns — Poincaré“ ist ihre Parole. Die wertvollsten Kräfte wissen, daß in diesem Augenblicke Poincaré und Ludendorff und Scheidemann sich ihr Schicksal, ihr Ansehen und politische Selbstbestimmung und eine bessere soziale Zukunft entscheidet. Sie werden diesen Kampf zu Ende führen — mit ihren Mitteln, und in diesem Kampf ist die Republik gegen alle Feinde bezeugt.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Es ist interessant zu beobachten, welche Schwingungen gegen Arbeitslosigkeit in den demokratischen Kreisen der Welt getroffen worden sind.

In Deutschland vertritt man sich gegenüber der produktiven Erwerbslosenfrage immer noch abweisend, denn aber immer noch die Arbeitslosigkeit im Jahre 1922 als Strafbüchse der produktiven Erwerbslosenfrage nach dem Nationalen Arbeiter. Die Welt ist schon in erster Linie an öffentliche Einrichtungen, in Arbeitervereine und an Erwerbslosenvereine. Die Welt will sich gehalten werden, daß kein Schritt zur Abwanderung aus anderen Bereichen erfolgt.

Die Schweiz hat besonders stark auf die Produktionssteigerung der Erwerbslosenfrage hingewirkt. Ausgegangen ist die Schweiz eine Arbeitslosenfrage als einen Teil der Wirtschaftspolitik. Insbesondere sind von 1918 bis Ende Januar 1922 von rund 161 Millionen, von Männern und Frauen 116 Millionen Frauen für Arbeitsbeschaffung verwendet worden. Sehr viel mehr als für Arbeitslosenunterstützung.

In Italien hat der Staat für Arbeitsbeschaffung viele Maßnahmen ergriffen. Insbesondere hat die Mittel der öffentlichen Verwaltung hierfür ausgedehnt werden.

In Belgien wurde die Regierung im August 1921 ermächtigt, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Arbeitsbeschaffung unter bestimmten Bedingungen zu gewährleisten. 20 Millionen Franken waren dafür vorgesehen. Die Arbeitsbeschaffung hat auf 10 v. H. des Bruttoertrages

betragen und auf drei Jahre. Es erfolgt in Form einer Zuschuß der Regierung auf den Beschäftigten, die auf den ausländischen Märkten gezeugt werden. Der Käufer hat 10 v. H. des Rechnungsbetrages sofort zu bezahlen und für den Rest Sicherheit zu leisten.

Auch Holland hat das belgische System der Gewährung für den Gegenwert bei Auftragsarbeiten zur Vermehrung der Arbeitsbeschaffung übernommen.

Sehr umfangreich sind die Maßnahmen produktiver Arbeit gegen Arbeitslosigkeit in England. Bis zum Herbst 1922 wurden die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung auf 50 Millionen Pfund beziffert. Für die Anstellung erwerbsloser Kriegsteilnehmer sind 14 Millionen Pfund veranschlagt worden. Sehr viel geschäftig für die Umschulung und Anstellung der ehemaligen Seemanns- und Marineangehörigen. Im Juni 1922 fanden 4000 Frauen in Ausbildung als Hausangestellte. Gärtnereien u. dergl. Zeitungsverhältnisse bei England ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden getroffen und noch weiter ausgebaut. Bis September 1922 wurden Auftragsarbeiten bis 21 Millionen Pfund bewilligt. Eine Erhöhung der Mittel auf 50 Millionen Pfund ist geplant.

Dänemark hat sich in der Hauptsache dem deutschen Vorbild angepaßt. Auch in Schweden hat sich der produktive Gedanke besonders stark durchgesetzt.

In der Tschechoslowakei hat die Regierung Ende des vorigen Jahres bei 300000 Arbeitslosen und 800000 Beschäftigten 20 Millionen Kronen für Arbeitsbeschaffung angelegt. Der Staat kann zu den Lohnkosten 2 beitragen.

Die beteiligten Staaten haben, ähnlich wie Belgien, besonders die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Mittel gegen Arbeitslosigkeit betrachtet. Die Staatskonferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im September 1921 hat aber auch Anstoß zu einer Reihe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegeben. — Auch Kanada hat viele Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt. — Südamerika (besonders Chile) baut durch Arbeitsbeschaffung keine Oasen auf.

Wir sehen, daß alles in allem der Gedanke der produktiven Erwerbslosenfrage international überall durchgedrungen ist. Das Recht auf Arbeit, das die Sozialdemokratie jahrzehntlang überaus gefordert hat, wird allmählich in der ganzen Welt anerkannt.

Keine Vermittlung im Ruhrkonflikt.

Die belgische Telegraphen-Agentur meldet: Ein Pariser Blatt bringt die Nachricht, daß der apostolische Nuntius in Brüssel bei dem spanischen Gesandten in Brüssel einen Schritt unternommen habe, um eine Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland zu erlangen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß weder von dem Nuntius noch von dem spanischen Gesandten irgendein Schritt bei der Regierung unternommen worden ist.

Wann kommt die Vernunft?

Die „Vergarbeiterzeitung“, das Organ des Allen Vergarbeiterverbandes, schreibt in einem Zeitartikel unter der Überschrift „Wann kommt die Vernunft?“. Die Folgen in unserer Volkssee sind am meisten unter der Fessel der internationalen Gewaltpolitik, unter der die Empörung der Arbeiterfront so groß wird, weil sich die Not und das Elend für Hunderte von hungrigen Menschen vergrößern und weil diese Methode keine Aussicht auf eine vernünftige Lösung der Streitpunkte bietet. Wir wissen nicht, zu welchen Experimenten die Franzosen sich noch treiben lassen werden und wie weit diese Maßnahmen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes noch getrieben werden. Wir wissen nur, aufwändig bewegen wir uns keiner Gewalt. Die Arbeiterfront wünscht eine Verständigung aber sie will keine Verflüchtigung.

Russlands auswärtige Politik.

Ein Zeitartikel des „Anschluß“ verweist auf die Schwankungen Russlands in der russischen Frage und stellt fest, daß Frankreich sich durch das Ruhrabenteuer von England und Amerika isoliert und die Beziehungen zu Deutschland verdirbt habe. Jetzt verläßt es durch das Geiseln des französisch-russischen Vertrages beide Seiten zu beeinflussen. Ein solcher Vertrag besteht nicht, wie auch ein deutsch-russischer Vertrag nicht vorhanden ist. Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Frankreich und Russland würde für beide von Nutzen sein. Es ist notwendig, diese

Beziehungen zu klären, indem man die diplomatischen Schritte beiseite läßt.

„Pravda“ behandelt die wirtschaftliche Konferenz der Balkanstaaten, die in Oestlingfors ohne russische Teilnahme stattgefunden hat, und kommt zu dem Schluss: Der ganze Sinn der Konferenz besteht in der Ausarbeitung künstlicher Handelsverträge mit Russland. Einzelne Teilnehmer der Konferenz haben schon damit begonnen. Der Abschluß dieser Verträge ist durch die wirtschaftliche Lage der Balkanstaaten bedingt. Dieser Versuch ist durch die Forderungen der Entente hervorgerufen und legt sich zum Ziel, das Staatsmonopol des russischen Außenhandels aufzuheben. Dieser Versuch ist fruchtlos und schadet den Interessen aller Randstaaten.

Bei der Verabschiedung der Regierungsklasse in Düsseldorf fielen nach einer Meldung der „Post. Stg.“ den Franzosen 830 000 Mark in die Hände. Der von ihnen festgenommene Kassierer ist inzwischen wieder freigelassen worden. Es bestätigt sich, daß die Bezahlung des Geldes erfolgte, weil die Franzosen die über Rettung vor der Prücke verhängte Geldbuße dort nicht einzutreiben vermochten.

Die Arbeiterfront der Unionwerke Dortmund hatte wegen der Erschießung eines Arbeiters an den französischen Kommandanten einen Protest eingereicht. Darauf erschien eine Abteilung Franzosen auf den Unionwerken und verhaftete den Vorsitzenden des Betriebsrats, der aber auf einen energischen Protest hin nach einer Stunde wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Die Vorbereitung des Hamburger Weltkongresses. Die Vertreter der beiden sozialistischen Internationalen, Gen. Friedrich Adler (Wien), Tom Shaw (London) und Otto Welt haben in Berlin nach telegraphischer einhelliger Zustimmung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam beschlossen, daß der Weltkongress zur Vorbereitung des Hamburger Weltkongresses am 5. April in der deutsch-österreichischen Bodenseestadt Bregenz zusammentritt. Daraus schließt sich die Berichterstattung des von den drei Internationalen leitenden zum Studium der wirtschaftlichen und innerpolitischen Zustände nach Deutschland entsandten Ausschusses.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Zunahme der Genossenschaftsgründungen. Nachdem schon die letzten Monate des vorigen Jahres eine Belebung des Genossenschaftswesens durch eine größere Zahl von Neugründungen gebracht hatten, hat sich die Entwicklung im Januar fortgesetzt. In diesem Monat fanden 220 Neugründungen 186 Auflösungen gegenüber, was einen Nettowachstum von 148 ergibt, während im Dezember v. J. 146 Genossenschaften mehr gegründet als aufgelöst wurden. Der überwiegende Teil der Neugründungen entfällt auf landwirtschaftliche Genossenschaften, aber auch auf dem Gebiete der Wohnungs- und Baugenossenschaften, das lange Zeit weniger beachtet blieb, ist eine geringe Zunahme der Gründungen festzustellen. Die Konsumvereine vermehrten ihren Bestand um 21 Vereine, ebenso wie im Vormonat.

Rückgang der russischen Kohlenförderung. Nach amtlichen Daten hat die Bruttoförderung von Kohlen in Sowjetrußland im Januar d. J. insgesamt 50,5 Millionen Kubikmeter gegen 61,4 Millionen im Dezember 1922 ergeben. Die Nettoförderung betrug 35,1 gegen 49,4 im Dezember. Der Rückgang der Förderung wird hauptsächlich auf die Weihnachtsfeiertage zurückgeführt, die in Rußland auf den Januar neuer Stills fallen. Die Zahl der Grubenarbeiter betrug am 1. Februar mit 158 823 etwa um 8 Prozent mehr als am 1. Januar. Die andauernden Schneestürme haben im Februar einen Rückgang des Abtransportes der Kohlen und eine scharfe Heizmittelkrise in Sibirien mit teilweiser Einstellung des Eisenbahnverkehrs und Stilllegung von Fabriken verursacht.

Zunahme der Anbaufläche in Rußland. Auf Grund der Ermittlungen des statistischen Zentralamts und der lokalen Wirtschaftskomitees kommt die wirtschaftsamtliche „Ökonomische Zeitschrift“ zu dem Ergebnis, daß die Anbaufläche für Wintergetreide im laufenden Wirtschaftsjahr für den gesamten Sowjetbundesstaat ohne Turkestan, die Kaufasienrepubliken und die mittelasiatischen Gebiete etwa 21,8 Millionen Dekattinen (1 Dekattine = 1,1 Hektar) betragen dürfte. Dies würde eine Zunahme um 18 Prozent gegen das Jahr 1921/22 und um 6 Prozent gegen 1920/21 bedeuten. Dessen ungeachtet bleibt die Anbaufläche in den Hungergebieten, die zur Gruppe der früheren Getreideüberschußgebiete gehören, noch um etwa 20 Prozent hinter dem Stande von 1920 zurück.

Regeldetri.

Von Hans Bauer.

Die Erde ist überreich. Sie trägt Brot für alle und für alle etwas Unabwendiges auf ihres Brot. Es weichen auf ihr auch (sogenannte) Menschen und Hosen und Jähren übergenug, und sie hat reichlich Holz und Jagdweide, daß ihr jegliches ein Dach überm Kopf und ein paar Zimmerlein um den Kopf herumbringen.

Ich weiß es nicht genau, ob der liebe Gott überhaupt den jährling ist, aber wenn er es wäre, hätte die Erde gar keine Verdrängung, wenn er es nicht täglich Brot gäbe. Die Sache ist längst erledigt. Er gibt mehr, als wir erwischen können, und wir sollten nicht mehr bitten, daß er uns, und sei es selbst auf Kosten des Brotes, ein wenig mehr Brot geben solle, auf daß wir das Brot gedanklicher aufheben.

Die Geschichte der menschlichen Welt ist gewissermaßen eine Geschichte der menschlichen Unwissenheit. Die Tatsache dieser Unwissenheit immer wieder in die Welt zu bringen, sollten wir nicht mehr werden.

Jetzt hat das amerikanische Carnegie-Institut ein Buch herausgegeben, das sich nennt: Aufgaben über den Krieg für den Schulunterricht und das den Schulbuch-Kommissionen für die Welt. Die Aufgaben sind: Ein Kriegerkämpfer kostet 1,50 Dollar. Das Kriegsschiff Vermont kostet 712567 Dollar. Wieviel Kriegerkämpfer hätte man dafür aufheben können? Eine vierköpfige Familie kann mit 7 Dollar einen Tag leben. Der Staat zahlt an Pensionen für Offiziere 25267000 Dollar. Wieviel vierköpfige Familien könnte man einen Tag leben?

Es ist gut, wenn die Kinder so nachdenken. Es ist gut, wenn sie an den Ergebnissen unerschütterlich werden. Es kann kein besseres Ziel der Erziehung geben, als ihr fähig zu machen der Überzeugung zu helfen, daß Krieg Wahnsinn ist, daß Krieg heißt: Selbstmord, Dummheit und daß er gar nichts einbringt. Auch dem Sieger nicht. Das Carnegie-Institut hat jetzt viele sehr interessante Aufgaben an. Die meisten beziehen sich

auf Mexiko. Es wäre wunderbar, daß ein ähnliches deutsches Rechnungsbuch nicht weniger brauchbare Berechnungsobjekte hätte.

Man könnte leicht man auch ein wenig abschweifen. Und man könnte berechnen lassen, wieviel gute deutsche Schriftsteller etwa wieviel gute Romane schreiben müssen, damit sie die Humanität besser erhalten, die Ludendorff von einem englischen Diktator für die Schändung seines Vaterlandes bekam, wieviel wirkliche Hochverräterische Taten hätte verüben müssen, um zwölf Jahre Zuchthaus zu bekommen, wieviel er für eine empfindliche Kritik, wieviel Aufschanden in dem Gewerbe eines Hochverräterischen enthalten sind, welchen Bruchteil der Strafe eines Arbeiters die Industriellen bezahlen, wenn sie sie a) nach einem Jahre, b) nach zwei Jahren, c) gar nicht bezahlen.

Zugspindel. Die Kinder werden uns Dank wissen.

Tiere.

In Jütland kann man wilde Tiere sehen, gezähmte Dampfer und eisenfressende Clowns.

Die menschlichen Tiere tragen ihre Krallen in gefütterten Handschuhen. Die Eisenbahnrollen in neuen Winterreifen. Die Tiere tragen ihre Krallen in neuen Winterreifen. Die Tiere tragen ihre Krallen in neuen Winterreifen. Die Tiere tragen ihre Krallen in neuen Winterreifen.

Die Tiere sind menschliche Tiere. Sie sollen nie aus dem Land, nur die Krallen auf es zu tun. Das aber heißt man gar nicht, weil die Krallen hoch oben sind und Spähren-zeugen erhitzen soll.

Wenn die Tiere aus der Krone kommen, sollen sie wieder auf ihre Vorderfüße, sie kommen auf allen Vieren in den Krallen und verhalten in Tierfüßen, um, als gäbe es überhaupt keine Krallen und keinen Jagdtrieb auf der Welt. Da hat zum Beispiel die Clowns ganz anders: sie müssen erst, daß sie die Krallen der Clowns sind, als hätten sie die Krallen von Clowns und Clowns gefressen, und sie wissen, was sie der Clowns und sie selbst sind. Sie sollen

ihre wunderhohen Schweife mit den Quasten und lagern sich materiell, wie Bettvorleger. Außerdem hocken sie wütend auf hohen Postamenten wie doppelte Buchhalter auf Kontorfüßen, und weigern sich, über einen Halbreifen zu springen. Der Dampfer hat einen blinkenden Revolver und eine Peitsche. Die Löwen jähmen ihn mit einem Blick. Dann streckt er den Revolver vor, um den Löwen zu beweisen, daß schließlich wir das Schießpulver erfunden haben. Das wird gebührend anerkannt, und die Reputation der Menschheit ist wiederhergestellt.

Mit den Berberlöwen ist auch eine männliche Gouvernante gekommen, ein dunkelhäutiger Berber mit einem Zopf und einem guten Hausvatergesicht. Ein Clown wickelt ihm gelegentlich den Zopf auf, und der Berber lächelt über jeden europäischen Geißel. Er hört das Publikum brüllen, und ihm ist sehr heimlich zumute.

Die bengalischen Königtiger haben entschieden etwas von Feuerwerk in ihrem Wesen (was) sich schon in ihrem Namen ausdrückt. Sie sollen durch einen Reifen springen und wackeln sich, daß die komplizierten Menschen zu einfache Leistungen sehen wollen. Manchmal denkt sich ein Tiger: Warum durch einen Reifen? Ich kann durch zehnmalend Wägenweilen springen, und keiner klatscht Bravo. Die Menschen sind fonderbare Fleißtreiber.

Wenn es dem bengalischen Königtiger schon zu langweilig geworden ist, erweist er dem Publikum den Gefallen und springt durch den Reifen. Dabei entblüht er ganz deutlich den Hinterteil seines Körpers — der Reife ist und sprühende Krassen hat — und denkt sich nichts Böses dabei. Er hat nicht den geringsten Respekt vor der Menschheit. Die Reife ist er gar nicht, daß ihr ein strenger Sachverständiger der Menschheit wie Professor Brunner angehört? Die bengalischen Königtiger sind sehr zurückgeblieben in der Kultur.

Die Clowns aber wandern schon ganz haarlos und ungeniert durch die Arena. Man hat ihnen die Stoffhülle weggenommen, weil die Menschen Zigarettenpfeifen, Papiermesser und Nadeln brauchen. Sie haben nur noch die Krallen behält. Sie brauchen sich nicht wie Stuglinge, und die Arbeit freut sich, daß es schon so erwaschen ist. So ist es dem Menschen. Die Clowns sind schon so erwaschen ist. So ist es dem Menschen. Die Clowns sind schon so erwaschen ist. So ist es dem Menschen.

Ferienkehr aus im Volkstage.

Dem Volkstag lag für seine gestrige Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung vor: 15 Gesetzentwürfe und Anträge kamen zur Beschlussfassung. Die Arbeit wurde in 12 Stunden bewältigt, wobei das Haus infolge Beschlussfähigkeit zweimal kurze Pausen machen musste. Der Gesetzentwurf über die Ruhegehälter der Senatoren wurde gestern vom Bürgerklub durchgedrückt.

Der Eintritt in die eigentliche Tagesordnung gab der polnische Abg. Paneccki eine Erklärung ab, die sich mit der Tätigkeit des Abg. Kubacz im Dienste der polnischen Regierung beschäftigte. Die Tätigkeit sei rein sachlicher Natur und beschränke sich auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung. Der Senatspräsident habe ausgesprochen, dass Dr. Kubacz von der polnischen Regierung „besoldet“ werde, das müsse als eine gewollte Kränkung angesehen werden. Ob bezahlt oder nicht bezahlt ist hier ganz nebensächlich, denn an Ehrwürdigkeit wird niemand so leicht den Dr. Kubacz übertreffen.

Im übrigen herrschte im Hause Ferienstimmung. Die Mehrzahl der Gesetzentwürfe, die aus der Tagesordnung fielen, wurden ohne Aussprache dem Ausschuss überwiesen oder debattelos angenommen. Selbst der Gesetzentwurf über die Ausgabe des neuen Notgeldes wurde ohne Aussprache verabschiedet. Das Haus war aber so langsam bereit, die Beschlussfähigkeit angezweifelt wurde, wofür die Sitzung auf einige Minuten unterbrochen und die Schlussabstimmung später vorgenommen werden musste.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stand der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung von Sonderzuschlägen zu den Renten der Kriegsschädigten zur Beschlussfassung. Abg. Gen. Gebauer schilderte das Elend der Kriegsoffer und wie eingehend die Verrechnung der sozialdemokratischen Anträge nach der gleichen Teuerungsskala für die Kriegsschädigten fordert, wie sie die Beamten erhalten. Er gab die Ausführungen des Gen. Gebauer an anderer Stelle ausführlich wieder. Die Abstimmung erlaubte die Ablehnung des Antrages, die Mehrheit des Bürgerklubs stimmte ihn nieder und bewies damit, dass sie kein Verständnis für die trostlose Lage der Kriegsoffer hat.

Abgeschlossen wurde auch ein Gesetzentwurf der Vereinigten Sozialdemokratischen Fraktion, der Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnern vorschlägt.

Regelung der Rentenbezüge der Invaliden der ehemaligen Reichs- und Staatsbetriebe forderte ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion. Abg. Gen. Gebauer führte aus, dass die Invaliden dieser Betriebe schon seit Monaten auf die Gleichstellung mit ihren Schicksalsgenossen im Reich warteten. Jetzt sei endlich eine Aenderung eingetreten, nachdem sich die Vereinigte Sozialdemokratische Fraktion dieser Sache angenommen habe. Hier bewies sich wieder einmal die Rücksichtlosigkeit des Bismarckschen Anspruchs: Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Sie haben größere Nachzahlungen erhalten, wissen aber nicht, für welche Zeit diese gelten. Es werden deshalb Aufrechnungen gewünscht.

Abg. Gailowski bestritt, dass Bismarck den vom Abg. Gebauer zitierten Ausspruch getan hätte, sondern aber nur wenig glauben. Auch die Zentrumskraktion habe sich mit dem Schicksal dieser Invaliden beschäftigt. Er möchte aber zugeben, dass erst nach Einbringung des sozialdemokratischen Antrages eine Besserung auf diesem Gebiete eintrat. Sie lehnte mit den anderen bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag auf Regelung der Rentenbezüge dieser Invaliden ab. Vergebens wurde Abg. Gailowski auf sein zwiespältiges Verhalten hingewiesen.

Die Ruhegehälter der Senatoren

Handen alsdann wieder einmal zur Beratung. Seit einem halben Jahre riefen sie die Tagesordnung jeder Volkstags-Sitzung. Die Regierungsparteien haben selten 60 Abgeordnete bekommen. In der Regel wurde das Haus durch Zimmerräumung der Linken beschlunfähig. In einer der letzten Sitzungen verließen die bürgerlichen Parteien endlich einmal über die notwendige Mehrheit und führten die 2. Sitzung des Gesetzentwurfes zu Ende. Gestern hand die 3. Sitzung auf der Tagesordnung.

Abg. Gen. Veyer bestrittete noch einmal kurz den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Von wohlverdienten Renten könne hier keine Rede sein. Den Lehrern a. V. werden von ihrer ersten Gehaltszahlung an Beiträge für die Witwen- und Waisenkasse abgezogen. Teile des Gehalts werden zwangsweise einbehalten, um später als Ruhegehalt gezahlt zu werden. Da könne man von wohlverdienten Renten reden. Die Beamten-Ruhegehälter waren eine Spekulation des Staates. Nur etwa die Hälfte der Beamten kam in den Genuss der Ruhegehälter und auch von diesen waren nur wenige die längere Zeit Angestellter dieser Einrichtungen waren. Die Ruhegehälter hatten aber noch einen anderen Zweck, sie waren ein Mittel des Staates, um die Beamten fest in der Hand zu halten. Sie mussten sich denken, weil sonst der Verlust des Ruhegehalts drohte. Seitens der Beamten wurden die Ruhegehälter vielfach überschätzt. Ein auskömmliches Gehalt sei höher als das Anrecht auf Ruhegehalt. Die Senatoren sind angemessen bezahlt werden, nun soll ihnen, wenn sie nicht wiedergewählt werden, ein Angebinde nachgeschoben werden. Die gesetzlichen Bestimmungen seien unklar; nach ihnen habe auch ein Senator, der zwar wiedergewählt, aber die Wahl nicht annimmt, Anspruch auf Ruhegehalt. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Aenderung des § 9 der Vorlage, wonach den Senatoren, die wieder in den Staatsdienst treten, ein Teil ihrer Ruhegehälter gekürzt wird, während den Senatoren, die Privatgeschäften nachgehen die volle Pension gezahlt werden soll. Das sei eine Ungerechtfertigkeit, der sozialdemokratische Antrag fordere hier eine gleichmäßige Behandlung.

Die Abstimmung des § 1 ergab die Beschlussfähigkeit des Hauses. Es wurden 50 Stimmen abgegeben. Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Pause wurde von den bürgerlichen Parteien benutzt, um alle erreichbaren Abgeordneten herbeizufinken. Es wurde dann der Gesetzentwurf über die Heraushebung der Gebühren für Rechtsanwälte beraten, wobei der Abg. Burate darauf hinwies, dass mit den Erhöhungen der Gebühren den Rechtsanwälten wenig geholfen ist. Infolge der hohen Prozess- und Anwaltskosten ließen die Prozesse merklich nach, man verzichte sich lieber, als einen Anwaltsrichter an. Der Not der Rechtsanwälte müsse auf anderen Wegen abgeholfen werden. Der Gesetzentwurf wurde in 2. und 3. Sitzung angenommen.

Dann konnten die Ruhegehälter der Senatoren wieder zur Verhandlung. Diesmal hatte der Bürgerklub die Mehrheit. § 1 wurde mit 61 Stimmen und bei einer Stimmentzählung angenommen, der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und weitere Paragrafen des Gesetzes einstimmig verabschiedet. Der Bürgerklub war sichtlich befriedigt über das Ergebnis dieses großen Tages.

der Gesetzentwurf zur Aenderung der Gebührenordnung für Notare, der Gesetzentwurf zur Aenderung des Preussischen Gerichtskostengesetzes, der Gesetzentwurf betr. Aenderung des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafen und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen, der Gesetzentwurf zur Neuordnung der im Handelsrecht, sowie in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Gehaltsgrenzen. Einige andere Gesetzentwürfe wurden an die Ausschüsse weitergegeben. Endgültig beschlossen wurde dann eine Aenderung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Nach der Vorschrift des § 247 kann der Schuldner, falls ein höherer Zinssatz als 8 vom Hundert für das Jahr vereinbart ist, nach Ablauf von sechs Monaten das Kredit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten kündigen. Das Kündigungsrecht kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden. Diese Regelung lasse sich unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr aufrecht erhalten. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Das Haus beschloß, sich bis zum 18. April zu vertagen.

Aus dem Volkstag.

Abbau der Volkstagsarbeiten?

In den letzten Sitzungsdebatten im Volkstag war von mehreren Rednern darauf hingewiesen worden, daß die vor einiger Zeit beschlossene Regelung der Aufwandsentschädigung nicht mit den allgemeinen Sparanstrengungen in Einklang stehe und eine Geringschätzung der Diäten angebracht sei. Nunmehr hat die Deutsche Partei einen Antrag eingebracht, wonach die Diätenhöhe für Abgeordnete aus der Stadt von 1500 auf 1000 Mark und für die Abgeordneten aus dem Landgebiet von 2000 Mark auf 1500 Mark herabgesetzt werden sollen. Im übrigen bleibt der bisherige Berechnungsmodus unverändert, so daß auch zu diesen Säben die jeweiligen Teuerungszuschläge zu den Beamteneinküffern hinzutreten.

Gartenland oder Sportplatz?

In einer Eingabe wird um Weiterbelassung des Geländes am Exerzierplatz in Neufahrwasser gebeten. Das Gelände wurde 1920 an den Gemeinnützigen Verein in Neufahrwasser verpachtet. Es lag früher unbenutzt da und ist jetzt von den Mitgliedern des Vereins in einen ertragreichen Boden umgewandelt worden. Das Gelände soll jetzt zur Einrichtung eines Sportplatzes verwendet werden; hiergegen erheben die Anwohner Einspruch und bitten, ihnen das Gelände weiter zu belassen. Der Ausschuss beschloß, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der gute Ton der „Reindeutschen“!

Der „Reindeutsche Verband für Recht und Ordnung“ (1) in Wohlhoff verlangt in einer Eingabe an den Volkstag sofortige Aufhebung der Zwangsmittelhaft für Getreide. Der Wirtschaftsausschuss beantragt, die Eingabe wegen ihres ungeschickigen Tones als ungeeignet zur Behandlung im Plenum zurückzuweisen.

Uniformwunsck der blauen Polizei.

Der Verband der Polizeiregimentsbeamten wünscht Beibehaltung der Uniformierung und Föhlung eines Kleidergeldes für die Kommissare. Der Senatsvertreter erklärte im Ausschuss, daß die Uniformen mindestens bis 1925 weitergetragen werden sollen als Eigentum der Beamten. Neuankäufe sollen nicht gemacht werden. Der Hauptauschuss beschloß, die Eingabe dem Senat als Material zu überweisen.

Der Hauptauschuss hat ferner das Verlangen über vorläufige Regelung der Dienstverhältnisse der Polizeibeamten durch Berater und beantragt, der Volkstag wolle das Gesetz ablehnen und dafür folgende Entschickung fassen: Der Senat wird ersucht, dem Volkstage mit gründerhaltlicher Beschickung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsverhältnisse der Polizeibeamten regelt.

Jugend-Unterhaltungsabend in Langfuhr.

Der Verein Arbeiter-Jugend Langfuhr veranstaltet am Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr im Sozial Kreis, Brunshöfer Weg, einen Elternabend. Zur Vorführung gelangen Netzen, Rezitationen, Gesänge, ein kleines Theaterstück usw. Der Eintrittspreis beträgt 400 Mark, für Mitglieder der Arbeiterjugend 200 Mark. Alle Parteimitglieder sowie Freunde und Förderer der Jugend werden herzlich eingeladen und um vollständigen Besuch der Veranstaltung ersucht.

Die Zentrumspartei hat sich einen neuen Vorstand gewählt. In diesem Zweck tagte eine Delegiertenversammlung, die sich aus 12 Mitgliedern mit der Vornahme der Wahl beschäftigte. Es scheint danach, als wenn die Neuwahl den Delegierten außerordentlich Kopfschmerzen bereitet hat. Im neuen Vorstand sind vier Senatoren vertreten und zwar Schümmer, Fuchs, Krause und Zawastki.

Angeschwemmte Leiche. Die See hat bei Glettkau eine weibliche Leiche ans Land gespült. Durch einen vorgeschundenen Fall wurde festgestellt, daß die Tote die 35 Jahre alte Buchhalterin Auguste Pinder aus Erfurt ist. Man fand bei ihr noch 12000 Mark und eine goldene Uhr mit Ketze. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

Erhöhung polizeilicher Gebühren. Für die Ausübung von Zantenschein sind 250 Mark, von Hochfahrkarten 1000 Mark, von Reichsheimstättensorten 3000 Mark, für die Erteilung meldedienstlicher Auskünfte an Privatleute 50 Mark, für die Erteilung von Nahrungsgewerkschaften 20 Mark für kleine heimliche Versicherungen 40 Mark an die Polizeistelle zu entrichten.

Standesamt vom 15. März 1923.

Todesfälle: Schlosser, Mustetier im Inf.-Reg. 120, Gustav Seidler, 23 J. 1 M. — Arbeiter, Mustetier im Reserve Inf.-Reg. 18, Rudolf Hauskowitz, 22 J. 6 M. — Maschinenchloffer Geselle im Reserve Inf.-Reg. 61, Konrad, Albert, Eugen Samrow, seit 23 J. Ehefrau Angehörige vorstehender Militärpersonen wollen sich umgehend im Standesamt 1 melden. — Verjangestellter Agolf Loth, 60 J. 6 M. — Witwe Johanna Brunsfowski geb. Kaufmann, 71 J. 8 M. — Kron Franziska Beilke geb. Köhne, 62 J. 6 M. — Witwe Emma Groening geb. Zaltwiger, seit 29 J. — Witwe Dorothea Prohl geb. Zalkki, 38 J. 8 M. — Uebel, 1 E. 1 J.

Die Währungsfrage.

Eine gutbesuchte Funktionärversammlung der V.S.P. für den Stadtkreis Danzig beschäftigte sich am Dienstag ausführlich mit der Währungsfrage. Volkstagsabg. Gen. Klobowski hielt den einleitenden Vortrag. Er vertritt sich ausführlich über die Ursachen und Folgen des Breifalls der deutschen Markwährung. Für Danzig sei die Zeit gekommen, um die Möglichkeit einer Währungsänderung zu prüfen. In Frage komme entweder die Schaffung einer eigenen Währung oder die Anlehnung an eine Edelwährung. Klobowski streifte die Bedenken, die diesen Vorschlägen entgegenstehen und die er für nicht so schwerwiegend erklärte. Notwendig sei, daß Danzig von der Papiergeldwirtschaft loskomme. In einer ausgedehnten Aussprache wurde das für und Wider einer Währungsänderung ausgiebig erörtert. Überwiegend kam zum Ausdruck, daß Experimente auf diesem Gebiete unersetzlich mißßen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Hebernahme einer Edelwährung schwere wirtschaftliche Gefahren in sich birgt. Auch der Schaffung einer eigenen Währung länden außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Einstimmig abgelehnt wurde auch die Verschmelzung mit der polnischen Währung. Von einer endgültigen Stellungnahme nahm die Versammlung Abstand.

Am Schluß wurde auf die am kommenden Sonntag stattfindende März- und Märzfeier des Bildungsbundes hingewiesen und zum vollständigen Besuch aufgefordert. Die Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Markfeier wurde den Bezirken übertragen. Die Versammlung klang in einem kräftigen Appell zur unermüdblichen Kampfarbeit für die Volkstagswahlen und gegen die sich im Freistaat immer breiter machende reaktionäre Geheimbündelerei aus.

Ausführungsbestimmungen zu dem Kleinrentnergesetz

hat der Senat in Nr. 22 des Gesetzblattes für die Freie Stadt Danzig erlassen. Darin wird bestimmt, daß die Unterstützung nur auf Antrag gewährt wird. Der Antrag ist von dem Kleinrentner persönlich oder durch einen Vertreter mündlich oder schriftlich bei der Gemeindeverwaltung seines Wohnortes anzubringen. Die Festsetzung der Unterstützung erfolgt durch die Gemeinde. Streitigkeiten werden durch einen Ausschuss, der aus einem Vertreter der Gemeinde und zwei Kleinrentnern besteht, entschieden. Den Bescheid werden die durch Teilnahme an den Sitzungen entstehenden baren Auslagen ersetzt. Gegen die Entscheidungen dieses Ausschusses kann der Vertreter der Gemeinde beim Senat Berufung einlegen. Dieser kann die Entscheidungen abändern.

Die Gemeindeverwaltung hat von amtswegen die für die Beurteilung der häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Kleinrentners wesentlichen Umstände einer genauen Prüfung zu unterziehen, möglichenfalls die Auskunft der Steuerbehörde einzufordern und die Arbeitgeber bei unterhaltungspflichtigen Angehörigen zur notwendigen Darlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Kleinrentners zu veranlassen. Hat die Gemeinde Zweifel an der Richtigkeit der Angaben, so kann sie von dem Kleinrentner die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung verlangen. Der Kleinrentner ist verpflichtet, der Gemeinde sofort von einer Aenderung in seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Mitteilung zu machen, soweit diese für die Gewährung von Unterstützung von Bedeutung sind.

Die Unterstützung wird in der Regel für ein Jahr festgesetzt. Sie ist vom Beginn des Monats an zu gewähren, in dessen Verlauf der Antrag gestellt ist. Kleinrentner erhalten die gleichen Bezüge wie die Empfänger von Jungfrauen- oder Altersrente. Die Unterstützung ist auch dann zu gewähren, wenn unterhaltungspflichtige Verwandte vorhanden sind, jedoch ihrer Unterhaltungspflicht dem Kleinrentner gegenüber nicht nachkommen. Die Gemeinde kann die agahalten Beträge von den Personen, die ihrer Unterhaltungspflicht nicht genügen, im Alogewege betreiben.

Die Eigenschaft als Kleinrentner im Sinne dieses Gesetzes wird nicht durch den Bezug einer aus öffentlichen Mitteln gewährten Rente oder Pension verloren, soweit diese vom Senat gezahlt werden und nicht auf gesetzlichen Grundlagen beruhen.

Die Unterstützung darf nicht gewährt werden, wenn der Kleinrentner anderweitige Einnahmen in Höhe des ihm zustehenden Unterstützungsbetrages hat. Als Einnahmen im Sinne dieser Bestimmung gelten nicht Unterstützungsmittel, die von der privaten Wohlfahrtspflege oder anderer dritter Seite freiwillig gezahlt werden. Ferner bleibt Einkommen aus Arbeit außer Betracht, soweit es zwei Drittel des Unterstützungsbetrages nicht übersteigt. Als Einkommen aus Arbeit gilt auch der Erlös aus der Ausvermietung von Räumen. Soweit es sich um Wohnräume handelt, ist bei der Berechnung des Verdienstes außer dem Werte von Nebenleistungen auch ein angemessener Betrag für die Abnutzung der dem Untermieter überlassenen Möbel in Abzug zu bringen. Dieser darf jedoch in der Regel nicht mehr als 40 Prozent betragen.

Die Unterstützung darf ferner nicht gewährt werden, wenn der Kleinrentner zwar laufende Einnahmen nicht hat, aber im Besitz von Vermögensbestandteilen ist, durch deren Veräußerung oder Verpfändung er sich, ohne daß dieses für ihn eine Härte bedeutet, zum Verkauf von Hausvermögen, Schmud usw. soll der Kleinrentner nur erhalten sein, wenn es sich um Kursgewerkschaften handelt und diese als Andenken nicht in Frage kommen.

Es kann die Unterstützung auch dann gewährt werden, wenn der Kleinrentner eine schriftliche Erklärung abgibt, in der er anerkennt, daß die Gemeinde nach seinem Tode berechtigt ist, auf seinem Nachlass Beträge in Höhe der gewährten Unterstützung nebst 4 Prozent Zinsen vom Tage der Leistung an zu fordern.

Die Anträge, die innerhalb von zwei Monaten nach der Veröffentlichung des Gesetzes der zuständigen Stelle zuobliegen, werden auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes (1. Dezember 1922) zurückbezoen. Bei später gestellten Anträgen ist der Zeitpunkt ihres Einanges maßgebend.

Devisenkurse.

(Rechnung um 12 Uhr mittags.)

	15. März	14. März
1 Dollar	20 000.—	20 500.—
1 polnische Mark	0 48	0 47
1 Pfund Sterling	97 000.—	97 000.—
1 holländischer Gulden	8 100.—	8 150.—
1 norwegische Krone	3 750.—	3 700.—
1 dänische Krone	3 950.—	3 900.—
1 schwedische Krone	5 480.—	5 400.—
1 Schweizer Frank	3 825.—	3 800.—

Antilige Kurznoterungen vom 12. März 1923.

Dollar: Geld 20 673,18, Brief 20 738,62; Polennoten: Geld 48,7, Brief 48,63; engl. Pfund: Geld 97 455,75, Brief 97 949,25

Für
Danziger Werft

reserviert

Waggonfabrik Danzig

Telefon Nr. 670

liefert Eisenbahnwagen aller Arten
= für Staats- und Privatbahnen =
Spezialität: Kessel- und Kühlwagen
Kleinbahnwagen

Geschmiedete Beschlagteile aller Arten, insbesondere Massenanfertigung

Danziger Metall-Industrie und Verzinkerer A. G.

Telefon 3563 Danzig-Langfuhr, Am Johannisberg 1 Telefon 3563
IMPORT — EXPORT

Herstellung aller verzinkter u. lackierter Artikel für Haushalt u. Landwirtschaft
Blechballagen in schwarz und verzinkt für die Industrie

Handels- u. Transport-Gesellschaft Danzig m. b. H.

Fernsprecher 2303 und 6349 Danzig-Langfuhr Pommersche Chaussee 5

Eisen- und Eisenwaren-Großhandlung

Stab-, Band-, Formst., Bleche, Röhren, Flittings : Draht, Drahtstifte, Kurzwaren aller Art
Ablieferung der Eisenwaren der Danziger Metallindustrie und Verzinkerer

Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metall-Handelsgesellschaft

Zentrale: Danzig, Brückländer Weg 18 m. b. H. Filiale: Kattowitz, Querstraße 2
Fernsprecher: 3039 und 3449 □ Telegramm-Adresse: „Daken“ □ Fernsprecher: 495, 499, 490

Eisen u. Metalle, Stab- u. Formst., Bleche, Voll- u. Feilbahnmaterialien
Bohlen, Ferrolegerungen, Metallrückstände, Werkzeugmaschinen

Dürken Gourary, Lewin & Co.

Telefon Nr. 4526 G. m. b. H. Telegr.-Adr.: Degenholz
Danzig, Langgasse 69/70

Holzgroßhandlung □ □ □ Import · Export

White Star Line
and
White Star Dominion Line

Regelmäßige Dampferverbindungen von
Southampton-New York
Liverpool-New York
Liverpool-Halifax und Quebec
Liverpool-Boston-Philadelphia
Danzig-Bremen-Halifax-New York
via Southampton und Cherbourg
sowie nach allen Hafenplätzen der Welt

Danzig, Töpfergasse 31-32

Tel.-Adr.: Olympic Telefon 2875
Gesch.-Std. 9-1, 2-5
und Auswärtiger.

Behneke & Sieg, Danzig

Tel.-Adr.: Schneig-Danzig
Telefon Nr. 33, 34, 35 und 47
Dampfschiffreeder, Schiffmakler,
Beirachtungen nach allen Häfen der Welt

Ostdeutsche Bernstein-Industrie

M. PRIESE, G. m. b. H.
Jungferngasse Nr. 64
Fabrikation echter Bernsteinwaren

„Vulkan“

Eisengießerei und Maschinenfabrik
Adm. Direktion: Grangöf alle Art
514 Maschinenbau: Landwehr,
Kattowitz
Danzig-Schellmühl
Tel. 108

DANZIGER GROSSINDUSTRIE

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Meisterschutz! Ohne Gewähr!

(F) **Danziger Fernverkehr**
Danzig-Gdingen-Neustadt und zurück.
525 715 740 1030 D 1110 147 200 1040 ab Danzig an D 1200 740 1040 147 415 651 820 1145
640 740 830 1110 — 140 420 1110 ab Gdingen ab — 740 940 1200 340 604 820 1110
640 830 920 1210 1240 240 520 1240 an Neustadt ab 1240 611 830 1110 240 520 715 1045

S. J. Jewelowski

Danzig-Langfuhr

Telegramm-Adresse: Jewelowski Danzig-Langfuhr
Tel.: 633, 666, 5490-5495. Ferngespräche 5494-5495
Dampfsägewerke in Rückdorf b. Danzig
Osche in Pommern und Sauerhütche
bei Osche.

Alle Anfragen erbitte an meine Adresse nach Danzig-Langfuhr

**Syndikat der Holzindustriellen
Danzig-Pommerellen G. m. b. H. & Co.**

Danzig-Langfuhr
Kontor: Hauptstraße 98 : Telefon 5490-5495
Lagerplatz am Kattowitzer : Telefon 3133
Telegr.-Anschrift: Holzsyndikat Danzig-Langfuhr
Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art

Carl Thümecke

Danzig-Langfuhr
Pommersche Chaussee 4
Telefon 5524

**Druckerei-Maschinenfabrik
Walzengießanstalt**

Graphisches Fachgeschäft

**Chemische Fabrik und Großdrogen-Handlung
Dr. Schuster u. Kaehler**

DANZIG
Chemische u. pharmazeutische Präparate eigener
Herstellung, sämtliche Chemikalien, Alkohole,
Drogen und Vegetabilien.

Kleine Anzeigen
in der „Danziger Volkstimme“ haben
grossen Erfolg!

Maschinenfabrik Paul Pfeiffer

Danzig, Altschottland 5/6
Satt- u. Heißdampflokomo-
bilen in allen Größen.
Benzol- und Rohölmotoren = Motorlokomobilen
Motorpflüge
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Aktiengesellschaft für polnischen Holzexport

Sägewerke Klinger G. m. b. H.
Danzig, Krebsmarkt 2/3
Telefon Nr. 7056 und 7057

Danziger Teerindustrie

vormals Blüschner & Hoffmann Akt.-Ges.
DANZIG
Telefon 26.
Dachpappen- u. Asphalt-Fabrik
Teer-Destillation
Baumaterialien-Großhandlung

Industrie-Werke, A.-G., Danzig

Telegr.-Adr.: Berg-Danzig Reitergasse 13-15 Telefon: Danzig 35 und 135
Anfertigung von Waggonbeschlagteilen, Baubeschlägen, Pflug-
scharen, Metallblechplatten und Automobil-Ersatzteilen aller Art

Danziger Schiffsverkehrs-Kontor G. m. b. H.

Danzig Maritime Agency Co. Ltd.
Schiffsmaklerei, Beirachtungen u. Spedition. Lagerung, Verzollungen
Telegraph-Adresse: Navigation Danzig / DANZIG Foggengraben Nr. 60
Telefon 5680 u. 1347

Der Staatsanwalt und die Bisttentarte.

Der Regen hätte an allem Schuld. Wäre schönes Wetter gewesen, würde diese traurige Erschütterung bürgerlicher Ordnung nicht geschehen sein.

Es war so. Sonntag war es und es regnete. Warum soll es an Sonntagen nicht regnen? Ein Elendgebiet lagerte über Danzig, darum regnete es; ein ganz natürlicher Vorgang, und noch natürlicher, daß der Regen die Wege aufweicht, besonders wenn selbige nicht gepflastert sind.

Nur eine Erklärung ist möglich, der Staatsanwalt war kein Staatsanwalt, denn wie sollte ein richtiger Staatsanwalt... Unmöglich. Ein irgend jemand erlaubte sich einen Scherz, aber einen schlimmen Scherz! Staatshilfe! Der Staat wird lächerlich gemacht, wenn irgend jemand erklärt, er sei Staatsanwalt und brauche dem Staat nicht zu gehorchen!

Zwei öffentliche Mieterprotestversammlungen beruft der Danziger Mieterverband am Freitag, den 18. März, nach dem Werkzeithaus und Al-Hammerwerk ein. In diesen Versammlungen wird man zu der neuen von den Hausbesitzern beantragten Mietminderföderung auf das Maßache zum 1. April, den Nebenleistungen, der Erhöhung für Wasser, Gas, elektr. Licht und der Aufhebung sämtlicher Pacht- und Mietverträge Stellung nehmen.

Der Kraft-Mann

Ein humoristischer Musikanten-Roman von Ernst von Wolzogen. Siebentes Kapitel. Ein Sinanwurf. Florian Marx begann sich allmählich doch recht einsam und verlassen zu fühlen, besonders in den Weihnachtsfesttagen. Da seine Einnahme leibt so gering war, hatte er sich die Meile nach Bawentz verkauft und das Fell einsam auf seinem Zimmer verließ.

Meine Kumpelreihe Beschäftigungen 800 Mark an die Post...

Flugverkehr Danzig-Konstantinopel? Die mitgeteilt wird, nehmen die Junkerwerke am 21. März den Verkehr auf der Strecke Danzig-Berlin-Göteborg wieder auf.

Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

In einer am Dienstag tagenden Bauarbeiter- und Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Bauarbeiterbundes erhaltete Kollege Brill den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Noch ist von einem Preisabbau, so führte der Redner aus, ausgenommen im Großhandel, noch von einer Senkung der Lebenshaltungskosten nichts zu spüren, aber schon erweist sich dieselbe Buntfärberei bei den Unternehmern der Ruf nach dem Lohnabbau.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Stadt Danzig.

Donnerstag, den 15. März, abends 7 Uhr, im Singaal der Petrischule (Danaplatz):

Frauen-Mitglieder-Versammlung.

Tagungsordnung: 1. Die Stellung der Frauen zu den Vorkäufen im Stadtgebiet. Referentin Gen. Räte Gen. 2. Verleumdungen.

Vollständiges Erscheinen der weiblichen Mitglieder der Partei und der Frauen aus Kreise der Parteimitglieder erforderlich.

Die Frauenkommission der D.D.P.

Abhängigkeit der Löhne wurde verweigert. Da aber die bisherige Lohnpolitik sich darauf aufbaute, daß man nicht etwa die Lohn zugleich mit dem Dollar und mit den so herrlich beweglichen Warenpreisen erhöhte, sondern erst die Statistik abwartete und die Löhne stets nur nachträglich den nachgewiesenen Lebenshaltungskosten anpaßte, kam die Verweigerung der Lohnerhöhung schließlich dem Lohnabbau gleich.

Table with 2 columns: Profession and Amount. Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter: 2650 Mark; Einzelarbeiter für Beton: 2300 Mark; Zementarbeiter: 2175 Mark; Bauhilfsarbeiter: 2125 Mark; Tischler, Erd- und Malerarbeiten: 2125 Mark; Jugendliche Arbeiter von 15-17 Jahren: 885 Mark; Jugendliche Arbeiter unter 15 Jahre: 601 Mark.

Redner erklärte, daß der Schiedspruch in Wirklichkeit abgelehnt werden möchte, weil er in keiner Weise das Verhältnis der Löhne zu den bestehenden Preisen regelt, aber man müsse die Jahreszeit berücksichtigen, in der wir uns befinden und nicht unruhi die Stok- und Schlagkraft des Verbandes schädigen. Darum empfahl er die Annahme des Schiedspruchs.

An diese Ausführungen schloß sich eine lebhaftige Aussprache, die damit endete, daß der Schiedspruch angenommen wurde.

Wie wir weiter erfahren, hat der Arbeitgeberverband ebenfalls den Schiedspruch angenommen, so daß zurecht eine Störung im Baugewerbe erstensherweise nicht zu befürchten ist.

Angeschwemmte Leiche. Die See hat bei Glatzhan eine weibliche Leiche aus Sand gewühlt. Durch einen vorgehenden Post wurde festgestellt, daß die Leiche die 36 Jahre alte Buchhalterin Agnes Linder aus Erfurt ist. Man fand bei ihr noch 12000 Mark und eine goldene Uhr mit Kette. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor.

Aus dem Oken.

Stalmsberg. Die ausgeräumte Erdbenenflora. Die Stalmsberger Gegend ist für Erdbenenflora, deren Gebüde im Walde von St. Mann hoch, in der kalten Tagen einem freien Erdboden zum Opfer gefallen. Die Erdbenen, die auf Metalltrübungen wachsend, haben die Situation dabei berartig zugerichtet, daß der Beobachtungsbedarf auf längere Zeit hin völlig umgehbar geworden ist.

Stalmsberg. Ein einm Mäusebussard angefallen wurde ein Vögel aus Sturbschen. In einer der letzten monatelangen Nächte legte er von einem Baum bei einem Nachbar beim. Auf der Terrasse führte sich von einem Baum ein großer Vögel auf ihn. Der Vögel brach er ohnmächtig zusammen. Als er wieder zu sich kam, sah er, daß ein großer Mäusebussard sich in seinen von weißen Staubhauben bedeckten Händen festgekrallt hatte. Der Vögel ließ sich nicht abwehren. Der Vögel, der aus verschiedenen Gründen stark blutete, konnte sich bis zu seinem Nachbar schleppen, wo es gelang, den Vögel zu töten. Anschließend hat der Nachbar den weißen Staubhaube für Geflügel gehalten und sich deshalb darauf gestürzt.

Reaktion. Raubüberfall in der Eisenbahn. Eine Frau, die in Dursitz größere Einkäufe gemacht hatte, fuhr mit dem letzten Zuge betrunken. Als sie in Grünwald aussteigen wollte, wurde sie von drei im Zuge befindlichen Durtschen herab. Auf ihr Gürtelgürtel ellen mehrere Schwere, die ebenfalls den Zug benutzten, herbei, forderten die entlassenden Männer auf, zu liegen, und so sie dem Befehl nicht nachkamen, wurde einer der Diebe wieder geschossen. Die beiden anderen Spitzbuben konnten festgenommen werden.

Aus aller Welt.

Der Gipfel der Frechheit. In Berlin wurden ein Arbeiter und eine Arbeiterin von einem Polizeibeamten dabei betroffen, als sie aus dem Keller der Bezirkswache der Tempelhofer Schutzpolizei Rohren wollten. Beide ergriffen die Flucht, blieben aber, als der Beamte einen Schreckschuss abgab, stehen und wurden der Kriminalpolizei übergeben.

In Frankreich über den finnischen Meerbusen. In diesen Tagen sind 12 in Finnland beschäftigt gewesene russische Waldarbeiter zu Fuß über den finnlandischen Meerbusen nach Arenal gekommen. Als die Beamten vom Dienstort und gefesselt wurden, hielt man sie für Selbstmörder und schickte ihnen eine Hilfsexpedition entgegen. Es erweist sich jedoch, daß die Fischer wohl auf waren und keiner Hilfe bedurften. Dieser Vorfall ist für die diesen Winter in der nördlichen Ostsee herrschenden Eisverhältnisse bezeichnend.

Reisendebstahl an einem japanischen Arzt. Ein in Berlin ansässiger japanischer Arzt hatte sich zur Leipziger Messe begeben. Als er gestern die Heimreise antreten wollte, wurde ihm auf dem Hauptbahnhof in Leipzig eine Handtasche gestohlen, die u. a. enthielt: einen Kreditbrief über 1070 engl. Pfund, einen Kreditbrief über 220 engl. Pfund und einen Kreditbrief über 5 engl. Goldpfund, sowie einen Photo-Apparat, zwei goldene von Platin eingefasste Manikürenknöpfe und eine goldene Krawattennadel mit Brillanten im Werte von fünf Millionen Mark.

Berjammlungs-Anzeiger

- Reinbetrieb. Bau- und Maschinenbau. Samstag, den 16. 3., 6 1/2 Uhr abends, Bevelusplatz 1/2, Saal 70: Dringende Brandversammlung. Freie Turnererschaft. Samstag, den 16. März, abends 7 Uhr, Monatsversammlung in der Mädchenschule. 8114 Elektromonteur. Sonntag, den 17. 3., abends 6 1/2 Uhr, Bevelusplatz 1/2, Saal 70: Berjammlung. 70068

Wasserstandsrichtern am 15 März 1923. Table with 4 columns: Location, 14.3, 15.3, and values. Neulicholl: +2.31, +2.27; Warshau: +2.42, +2.62; Ploch: +2.18, +; Thorn: +2.82, +2.89; Fordon: +2.77, +2.82; Casm: +2.72, +2.78; Brandemb: 2.94, 2.97; Kargebrauch: +3.24, +3.23; Montanaspitze: +3.30, +3.09; Diekel: +3.36, +3.36; Dirschau: +3.52, +3.46; Einlage: +2.84, +2.86; Schwenhorst: +2.58, +2.58; Rogat: +; Schönau O. P.: +6.70, +6.66; Galgenberg O. P.: +4.60, +4.60; Neuborberhald: +2.00, +; Tausch: +0.74, +.

Verantwortlich: für Politik Ernst Stross, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Frosken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. G. & Co., Danzig.

war ihm schon oft genug als Hochmut ausgelegt worden, aber er konnte sich nicht befreien von der Befürchtung, aufdringlich zu erscheinen. Der Baron von Meb zum Beispiel war ganz ein Mann nach seinem Geschmack, mit dem er sehr gerne in näheren Verkehr getreten wäre aber nie hätte er es fertig gebracht, ihn aufzufinden oder etwa ihn einfach durch eine Postkarte zu einer Aufmerksamkeitsleistung anzufordern. Auch die Florin Babacs hätte er gern gesehen. Es war eigentlich fürchterlich dumm, sich ihr gegenüber zu genieren, um so mehr, da sie den direkten Wunsch ausgesprochen hatte, ihn auch als Künstler näher kennen zu lernen. Sie hatte ihm ja auch ihren Besuch in Aussicht gestellt: wäre ihr so viel an ihm gelegen gewesen, dann hätte sie doch ihr Versprechen erfüllen können; aber natürlich, sie dachte ja gar nicht mehr an ihn - das war auch nur wieder so eine liebendwürdige Nebenart gewesen, wie sie leidlichen Menschen so allzu vom Munde fliehen.

„Danke recht schön für beides,“ sagte Florian vergnügt, denn ihre Anerkennung tat ihm wirklich wohl. „Ach, wissen Sie, liebes Fräulein, zum Berühmtwerden habe ich einmal kein Talent. Konzerte geben kostet Geld, und ich habe kein - ich habe net amal Freunde genug, um drei Stückelchen mit Freibilleten zu fällen! Wer soll denn aber sonst neulaufen in so ein Konzert von einem gewissen Marx? In selbigen Tagen, wo schon bald a jeder Totall Kavertjokler kann! Ja hin a net amal ein Lieblingskünstler Magis! Was wollen Sie nachher? Ich kann mich amal durchaus net vorbringen.“

Als er fertig war, legte sie ihn bei beiden Armen zu packen, lächelte ihn lächelnd und rief lachend: „Ober was wollen Sie, Sie sind ja ein Postkar! Schamen Sie Ihnen nicht. Sie dumm! Was brauchen Sie Klavierstunden haben und Schulmeister für höhere Lehrer spielen, wo Sie doch konnten sich berühmter Künstler sein! Sie ist doch schon viel berühmter und solche ich doch wie ein Schulmeister gegen Ihnen - ja, ja, Sie haben ganz richtig gesagt, Sie sind mein lieber Herrgott, was nicht doch für trüber Summe Menschen.“ Damit erhob sie sich auf die Heftelstufen und verlegte ihm einen lächelnden Fuß auf die Nase und eine leichte Fingerring auf die rechte Nase.

„Aber ich bitte Sie, ich bin ja nicht eingeladen! Wie soll ich denn das nur anstellen, daß ich hingelange? Ich meine, da kann doch nicht jeder dahergelaufen kommen, bloß weil er lange Haare trägt und auch a bißl Klavier spielt.“

